

Liebe Freundinnen und Freunde,

Am 14. Mai 2000 wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Dann werden auch viele Migrantinnen und Migranten, die sich in den vergangenen Jahren haben einbürgern lassen, Stimmrecht haben. Und sie sollten unbedingt Gebrauch davon machen. Allerdings nicht ohne die Parteien und ihre Kandidaten über ihre Positionen zu befragen. Die LAGA NRW erarbeitet zur Zeit sogenannte Prüfsteine zu migrationspolitischen Fragen. Dazu sollen Vertreter der Parteien bei der LAGA-Mitgliederversammlung im April Stellung nehmen. Ein ebenso normaler wie notwendiger Diskussionsprozeß in einer demokratischen Gesellschaft.

Auch die örtlichen Ausländerbeiräte sind aufgefordert, die Kandidaten in den Wahlkreisen zu befragen und die Ergebnisse den Migrantinnen und Migranten zugänglich zu machen. Denn erfahrungsgemäß sind die Politiker sehr an den Stimmen interessiert – leider nicht immer genauso an den Interessen und Ansprüchen der Migranten. Das läßt sich schon an den Wahlprogrammen der großen Parteien ablesen: Meist findet man darin nur wenige Sätze zu Integrations- und Migrationsfragen.

Doch auch noch so gute Wahlaussagen helfen nicht immer weiter – auf die Taten kommt es an. In Bochum beschloß der Kulturausschuß des Rates mit einem Federstrich, das für dieses Jahr geplante Kulturfestival Kemnade ersatzlos zu streichen. Die zuvor zugesagten 200.000 DM Unterstützung wurden einfach umgeschichtet. Ein Vorgang, der wieder einmal zeigt, wie wenig selbstverständlich Migrationspolitik ist – insbesondere dann, wenn es um Ansprüche der Migranten geht.

So entmutigend solche Vorgänge für aktive Ausländerbeiräte sind, so sinnlos ist es, die Köpfe hängen zu lassen. Der von der LAGA NRW und den Ausländerbeiräten beschrittene Weg zu gleichberechtigter politischer Partizipation muß weitergegangen werden. Ein Beitrag dazu ist nach wie vor die Einbürgerung. Das mit dem 1. Januar 2000 in Kraft getretene neue Gesetz ist zwar alles andere

als befriedigend, aber es bietet dennoch Chancen, die sich die Migrantinnen und Migranten nicht entgehen lassen sollten. Die LAGA und eine Reihe weiterer Migrantinnenorganisationen starten deshalb eine Kampagne zur Kindeseinbürgerung. Denn für Kinder bis 10 Jahre können nur bis zum 31. Dezember 2000 die Anträge auf Einbürgerung gestellt werden. Aufklärungsarbeit und politischer Druck, um die hohen Gebühren zu senken, sind daher dringend notwendig.

Wir wissen aber, daß eine erfolgreiche Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht allein von der Staatsangehörigkeit abhängt. Eine gute Bildung und Ausbildung ist für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die Basis für die volle soziale Integration. Doch gerade hier hapert es. Die Schulerfolge der Migrantenkinder sind trotz vieler Bemühungen immer noch unbefriedigend. Als LAGA NRW haben wir ein Positionspapier erarbeitet, das in der vorliegenden Ausgabe in einer Kurzform dokumentiert wird (S. 2/3). Darin stellen wir Eckpunkte für einen Dialog mit Bildungspolitikern und Fachleuten auf, die die Mängel benennen und Lösungsvorschläge aufzeigen. Auch hierzu sind die einzelnen Ausländerbeiräte aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten und die wichtige Diskussion in ihren Kommunen anzufachen und voranzutreiben.

Dabei wünsche ich uns allen gutes Gelingen!

Es grüßt Sie herzlich



Tayfun Kelttek



Aus dem Inhalt:

**Integration konkret:  
Die Schulerfolge von  
Migranten verbessern**

**Wenige EU-Bürger  
schaffen Sprung  
in die Stadträte**

**Alle Kinder haben  
Rechte –  
Ausländische Eltern  
bürgern ihre Kinder  
ein – Jetzt!**

**Marieluise Beck will  
Vereinfachung bei  
Arbeitsgenehmigungen**

**Migrationsbericht  
der Bundesregierung  
erschieden**

**Kemnade  
International 2000  
fällt aus**

**Meldungen**

**Impressum**

**Februar 2000**



## Wenige EU-Bürger schafften Sprung in die Stadträte

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen legte einen Bericht über die Wahl von EU-Bürgern bei den vergangenen Kommunalwahlen vor.

Die Kommunalwahlen 1999 in NRW sollten einen Markstein für die politische Mitbestimmung der Migrantinnen und Migranten darstellen. Denn erstmals durften Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten, die in NRW leben, wählen und gewählt werden. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine große Lücke. Der Bericht des Düsseldorfer Innenministeriums über die „Beteiligung von EU-Ausländern an den Kommunalwahlen 1999 sowie die Anzahl von Mandaten, die EU-Ausländer in den Kommunen wahrnehmen“ spricht eine deutliche Sprache.

Insgesamt kandidierten 339 Staatsangehörige von EU-Mitgliedsstaaten für

ein Mandat in den Räten Nordrhein-Westfalens. Gewählt wurden jedoch nur 55 dieser Kandidatinnen und Kandidaten.

Je nach Parteizugehörigkeit differenziert sich das ernüchternde Ergebnis etwas, allerdings ohne am Gesamtbild grundlegend etwas zu ändern. So stellte die SPD mit 96 EU-Kandidaten und Kandidatinnen landesweit die höchste Anzahl nicht-deutscher Kandidaten überhaupt auf (CDU 79 Kandidaten; freie Wählergruppen 67 Kandidaten; Grüne 51 Kandidaten; FDP 29 Kandidaten; PDS 12 Kandidaten), aber gerade einmal 15 EU-Bürger schafften tatsächlich den Sprung in einen Stadt- oder Gemeinderat. Das

entspricht weniger als einem Sechstel aller Kandidaturen.

Besser ist dagegen das Ergebnis bei der CDU. Von 79 Kandidaten wurden 33 Mitglieder eines Rates – also rund 40 Prozent aller Kandidaten. In Gütersloh wurde Jean Makedonopoulos, stellvertretender Vorsitzender der LAGA NRW, sogar Alterspräsident des Stadtrates. Ein erfreuliches Signal.

Die Ergebnisse der anderen Parteien: Von den grünen EU-Kandidaten bekamen vier ein Ratsmandat. Bei der FDP schaffte es nur ein Kandidat landesweit, während EU-Kandidaten der PDS ganz außen vor blieben.

### Ulla Vilkmann



*Wie kam es zu Ihrer Kandidatur für den Stadtrat?*

Das war eigentlich relativ einfach. Ich bin seit knapp 25 Jahren Mitglied der SPD und bin auch seither aktiv. Schließlich hat man mich im Vorfeld der Wahl gefragt, ob ich bereit sei zu kandidieren. Das Angebot habe ich angenommen. In einer Kampfkandidatur kam ich dann auf Platz vier der Reserveliste für den Stadtrat Brühl.

*In welchen Ausschüssen sind Sie tätig?*

Im Ausschuß für Kultur, Partnerschaft und Tourismus bin ich stellvertretende

Vorsitzende. Außerdem bin ich im Jugendhilfeausschuß, den ich für sehr wichtig halte, um auch die Interessen der jugendlichen Migranten zu vertreten.

*Welchen Themen wollen Sie sich besonders widmen?*

In erster Linie beschäftige ich mich mit der Tourismusentwicklung und der Zukunft der Kulturstätten in Brühl. Dabei legt die Partei natürlich die politische Linie gemeinsam fest. Allerdings sage ich auch meine Meinung, z.B. wenn es um kulturelle Belange der in Brühl lebenden Migranten geht.

*Haben Sie den Eindruck, daß mit Ihrer Tätigkeit, Ihre Fraktion offener für Migrationsfragen ist?*

In der Fraktion ist die Haltung zu Migrationsfragen gleich geblieben. Ich hatte schon vor der Wahl Gelegenheit, an den Fraktionssitzungen der SPD teilzunehmen und Migrationspolitik anzusprechen und zu verhandeln. Ich kenne die kurzen und langen Dienstwege nicht erst seit der Kommunalwahl. Und ich habe keine Angst auch einmal „Nein“ zu hören.

*Sie sind zugleich Mitglied im örtlichen*

*Ausländerbeirat. Erleichtert diese Doppelfunktion die Einflußmöglichkeiten des Beirates?*

Als ehemalige Vorsitzende des Beirates sollte ich dazu nichts sagen. Ich möchte nicht in das Geschäft des neuen Vorsitzenden eingreifen.

Aber wenn ich das Gefühl habe, daß wichtige Themen nicht zur Sprache kommen, erhebe ich natürlich meine Stimme. Insgesamt halte ich mich im Augenblick aber zurück.

*Glauben Sie, daß die Ausländerbeiräte durch die direkte Partizipation von Migranten in den Räten noch eine wichtige Aufgabe übernehmen können?*

Ich glaube, daß die Ausländerbeiräte immer eine Aufgabe haben. Die volle Integration der Migranten braucht noch Zeit. Es gibt immer noch sprachliche Probleme bei Jugendlichen aus Migrantenfamilien und es kommen neue Problembereiche wie die wachsende Zahl der Senioren, die besondere Bedürfnisse haben. Im Stadtrat kann man solche Themen ansprechen, aber man braucht eine Organisation, die den nötigen politischen Druck ausübt.

Solche Belange können die Ausländerbeiräte am besten behandeln.

Über die Anzahl von Migrantinnen und Migranten anderer Herkunft, die eingebürgert sind und möglicherweise auch kandidiert haben, läßt sich anhand der Übersicht des Innenministeriums keine Aussage machen. Eine solche Bestandsaufnahme wäre allerdings notwendig, um sich ein Gesamtbild der politischen Partizipation aller Migranten machen zu können. Beispielsweise hat die PDS nicht in allen Kommunen Nordrhein-Westfalens kandidiert.

Diese teilweise überraschenden Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen hängen einerseits mit den deutlichen Verlusten der SPD in den Städten und Gemeinden zusammen.

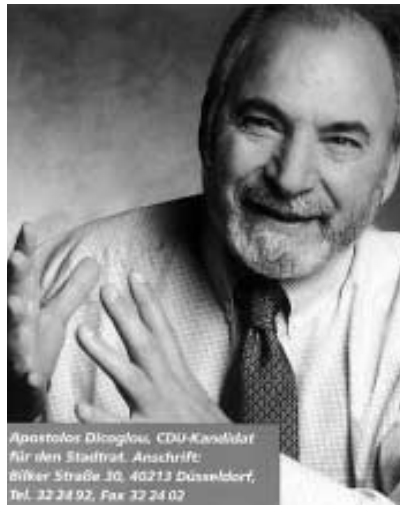
Eine Partei, die so viele Mandate verlor, konnte schwerlich viele EU-BürgerInnen in die Räte bringen. Umgekehrt profitierten die EU-Kandidaten der CDU von den Siegen ihrer Partei in vielen einstigen SPD-Hochburgen. Andererseits deutet das Ergebnis auf die geringe Bereitschaft der Parteien insgesamt – aber insbesondere der SPD, der FDP und auch der Grünen – Migrantinnen und Migranten auf den Reservelisten so abzusichern, daß eine Wahl von EU-Bürgern trotz geringer Stimmen oder hoher Stimmverluste gewährleistet gewesen wäre.

Andere politische und personelle Prioritäten als die Migrationsfragen spielten bei den Entscheidungen offenbar eine Rolle. Das ist für Beobachter umso erstaunlicher, als z.B. SPD und Grüne schon lange für das kommunale Wahlrecht aller in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten eintreten.

Zur viel beschworenen vollen Integration der Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft gehört eben auch die volle politische Gleichberechtigung. Davon – das zeigt die Aufstellung des Innenministeriums – ist man noch weit entfernt, auch wenn erste Schritte getan sind.

**Ulla Vilkmann (SPD, Finnin) und Apostolos Dicoglou (CDU, Grieche)** sind im September 1999 in Brühl bzw. in Düsseldorf in den Stadtrat gewählt worden.

Frau Vilkmann war bis zur Neuwahl Vorsitzende des Ausländerbeirates Brühl und ist dort weiterhin Mitglied, Herr Dicoglou war bis November 1999 Mitglied des Ausländerbeirates Düsseldorf. Für „Migration“ geben sie Auskunft über ihre ersten Erfahrungen in der Ratsarbeit.



### Apostolos Dicoglou

*Wie kam es zu ihrer Kandidatur für den Stadtrat?*

Ich bin Mitglied der griechischen Partei Neademokratia, einer Schwesterpartei der CDU.

Von daher gab es Verbindungen und Sympathien zur CDU. Als ich dann hörte, daß die Union einen EU-Bürger auf einen aussichtsreichen Listenplatz für die Kommunalwahl setzen wollte, habe ich mein Interesse bekundet. Schließlich bin ich dann über die Reserveliste am 12.9.1999 in den Rat eingezogen.

*In welchen Ausschüssen sind Sie tätig?*

Ich bin im Kulturausschuß tätig, wo ich auch schon vorher als Delegierter des Ausländerbeirates mitgearbeitet habe. In der Kulturpolitik kenne ich mich also schon etwas besser aus und kann dort auch die Belange der Ausländer einbringen. Außerdem bin ich in den Gesundheits- und Sozialausschuß gewählt worden.

Das sind natürlich Bereiche, die viel mit den Problemen aller Ausländer zu tun haben. Übrigens habe ich von Anfang an im Rat festgestellt, daß ich nicht der CDU-Mann für die Griechen bin, sondern ein Ansprechpartner für alle Migranten in Düsseldorf.

In den ausländerpolitischen Fragen versuche ich deshalb über die Parteigrenzen hinweg einen Konsens herzustellen.

*Sie waren bis November 1999 Mitglied im örtlichen Ausländerbeirat. Erleichtert Ihre Erfahrung die Einflußmöglichkeiten des Beirates?*

Ja und Nein. Ich pflege natürlich intensiv Kontakte zu dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates wie auch zu den anderen Mitgliedern, um ihre Belange in meine Arbeit aufnehmen zu können.

Doch ich glaube, daß es nach den Wahlen mit der geringen Wahlbeteiligung in Düsseldorf schwerer geworden ist. Vor der Wahl haben wir als Ausländerbeirat wohl auch den Mund zu voll genommen und eine deutliche Erhöhung der Wahlbeteiligung prophezeit.

Das Gegenteil ist eingetreten. Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein Grund war sicher, daß insbesondere die EU-Bürger nur ein geringes Interesse am Ausländerbeirat gezeigt haben. Das ist schade und hat die Position des Ausländerbeirates geschwächt.

*Glauben Sie, daß die Ausländerbeiräte angesichts dieser Situation noch eine Zukunft haben?*

Auf lange Sicht glaube ich, werden sich die Migranten stärker in den etablierten deutschen Parteien engagieren und dort ihre Interessen vertreten. Viele Türkischstämmige sind ja bereits eingebürgert. Dieser Trend wird zunehmen.

Aktuell gibt es aber keine Veranlassung die Arbeit der Beiräte zu beenden. Beim Neujahrsempfang des Düsseldorfer Ausländerbeirates war die Geschäftsstelle voll. Das Interesse an dieser Institution ist nach wie vor da.

Aber persönlich glaube ich, daß die Ausländerbeiräte von der Entwicklung überholt werden. Es fehlt der Elan.

Das ist besonders bedauerlich, weil die einzelnen Mitglieder wie z.B. der Vorsitzende des Düsseldorfer Ausländerbeirates, Herr Demirtürk, übermenschliches Engagement leisten. Man sollte vielleicht darüber nachdenken, bei einer Reform der Ausländerbeiräte zumindest die Position des Vorsitzenden durch eine Aufwandsentschädigung zu verbessern.

Integration konkret:

## Die Schulerfolge von Migranten verbessern!

### Mehrsprachiger Unterricht gefordert

**Düsseldorf (15/NRZ).** Trotz aller Fortschritte seit den 80er Jahren hinken Ausländerkinder in den NRW-Schulen weiter hinterher. Obwohl nur 15 Prozent aller Schüler Migrantenkinder sind, verlassen jedes Jahr zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Schüler die Schule ohne Abschluss. Entsprechend überhöht sei ihr Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit, so die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gestern. Vorsitzender Tayfun Keltik kritisierte mangelnde Unterstützung der Kinder im Unterricht. Obwohl der Anteil von Ausländerkindern stetig steigt, spielten sie in der Debatte um Qualitätsicherung an den Schulen keine Rolle. „Die natürliche Mehrsprachigkeit muss endlich als wertvolle Fähigkeit angesehen werden und nicht als Störfaktor“, forderte er. Muttersprachlicher Unterricht müsse ordentliches Versetzungsfach, auch deutsche Schüler mehrsprachig unterrichtet werden.

### Ausländische Schüler überfordert

**Düsseldorf.** Deutlich weniger ausländische als deutsche Schüler schaffen in NRW einen Schulabschluss. Außerdem liegt der Notenschulter der Migrantenkinder aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse in der Regel deutlich schlechter als der ihrer deutschen Altersgenossen. Darauf haben die NRW-Ausländerbeiräte (LAGA) hingewiesen. Laut dem LAGA-Vorsitzenden Tayfun Keltik erreichen zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Schüler keinen Schulabschluss. Vielen ausländischen Jugendlichen werde so der Weg zur Berufsausbildung verbaut. Sie stellen einen fast drei Mal höheren Anteil der arbeitslosen jungen Menschen. Schwierig sei besonders die Situation türkischer, italienischer und libanesischer Schüler. (wg)

Die LAGA NRW beschäftigt sich seit ihrer Gründung 1996 intensiv mit bildungspolitischen Fragen. Seit dieser Zeit sind auf zwei LAGA-Konferenzen und in Arbeitsgruppen wichtige Grundlagen erarbeitet worden.

Die augenblickliche Situation macht es erforderlich, aus der Sicht der Migranten deren schulpolitische Situation zu beschreiben und praktische Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

### Ausgangslage

Dabei gehen wir von folgenden Feststellungen aus:

Trotz aller Fortschritte seit den 80er Jahren bleiben die Schulerfolge der Migranten unbefriedigend, der Abstand zu den deutschen Klassenkameraden ist noch immer groß. 1995/96 erreichten zweieinhalb mal so viele deutsche wie ausländische Schülerinnen und Schüler das Abitur, aber zweieinhalb mal so viele ausländische wie deutsche Schülerinnen und Schüler beendeten ihre Schulpflicht ohne Abschluss. Damit ist ihnen der Weg in die Berufsausbildung verbaut, sie stellen einen überproportional hohen Anteil der arbeitslosen Jugendlichen.

Der Anteil von Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der gesamten Schülerschaft wird vor allen Dingen in den Ballungsgebieten stetig zunehmen, eine Fortschreibung des obigen Trends verwandelt das Schulversagen einer Gruppe auch statistisch zum Versagen des Schulsystems.

Um so erstaunlicher ist, dass in der Debatte um die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Schule Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund kaum eine Rolle spielen. Dabei müsste eine Qualitätsdebatte doch vor allem benachteiligte Schülerinnen und Schüler mit ihren speziellen Stärken und Schwächen im Blick haben und für diese Gruppe produktive Lösungsmöglichkeiten entwickeln.

In NRW gibt es eine Reihe von Erlassen, Verfügungen und Empfehlungen, die sinnvolle Leitlinien für die schulische Arbeit mit Migranten sind und für deren Umsetzung erhebliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, auch außerhalb des schulischen Bereiches. Aber allzu oft werden diese Mittel im Alltag nicht zielgruppengenaug eingesetzt

und sind daher wenig effektiv. Es fehlen präzise Umsetzungspläne bzw. die effektive Kontrolle derselben.

Wir müssen feststellen, dass die an der Mittelvergabe beteiligten Institutionen oft ihr Handeln nicht aufeinander abgestimmt, dass in der Vergangenheit Ressortdenken, Eifersüchteleien und das Verfolgen partieller Interessen in vielen Fällen eine gemeinsame koordinierte Arbeit verhindert haben.

Insgesamt bleibt das schulische Schlüsselproblem weitgehend ungelöst: das produktive Lernen und Lehren in sprachlich und kulturell heterogenen Klassen.

Heterogene Klassen sind aber keine Übergangerscheinung, sie sind der Normalfall in allen Schulformen auch in der Zukunft.

### Grundsätze

Eine produktive Lösung bedeutet, dass die Migranten nicht fit für die weiterhin einsprachige, monokulturelle Schule gemacht werden dürfen, sondern dass Schule innovationsfreudig deren spezifisches Potential aufnehmen und für die eigene Qualitätsentwicklung nutzen muss. Die natürliche Mehrsprachigkeit dieser Kinder – auf welchem Niveau auch immer – muss endlich als wertvolle Fähigkeit und großer Erfahrungsschatz angesehen werden, und nicht als Störfaktor für einen reibungslosen Unterricht.

Eine so dem interkulturellen und mehrsprachigen Lernen verpflichtete Schule eröffnet nicht nur den Migrantenkindern neue Chancen, sondern schafft auch neue Lernbedingungen für die nur deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler. Dies ist gerade in einer europäischen Perspektive bedeutend, denn in einem zusammenwachsenden Europa werden Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen für alle Beteiligten immer wichtiger.

### Eckpunkte und Umsetzungsstrategien

Die LAGA NRW hat konkrete Vorschläge erarbeitet für die Bewältigung der wichtigsten Schlüsselprobleme auf verschiedenen Handlungsfeldern. Sie beginnen bei der vorschulischen Erziehung und

führen über Modelle mehrsprachiger Schullaufbahnen auf der Grundlage der natürlichen Mehrsprachigkeit und neuer Ansätze zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bis hin zur Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnern, um den Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit zu verbessern.

Als weitere wichtige Handlungsfelder werden die Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals und insbesondere der verantwortlichen Schulleitungen benannt.

Nahezu alle Vorschläge zu spezifischen Problemlösungen basieren auf erfolgreich erprobten Beispielen guter Praxis. Deren Erfolg bekannt zu machen, diese Beispiele weiter in die Fläche zu bringen und zur guten Regel werden zu lassen, ist das Hauptanliegen der LAGA NRW.

Dazu werden koordinierte und strukturierte Netzwerke benötigt, die solche Modelle zum Ausgangspunkt realer schulischer Innovationen auf kommunaler und landesweiter Ebene machen. Dies gilt vordringlich für Modelle koordinierter Alphabetisierung, Ansätze zur Verbesserung der Deutschkenntnisse und neue Formen des Übergangsmanagements zwischen Schule/Beruf. Ein solcher Ansatz kann jedoch nur gelingen, wenn alle beteiligten Institutionen ihr Handeln aufeinander abstimmen.

Es stellt sich die Frage: Welchen Beitrag wird jede Institution mit ihren Kompetenzen leisten, damit es zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität kommt? Dies gilt besonders für die Arbeit der Schulaufsichten auf den verschiedenen Ebenen ebenso wie für das LSW, das Landeszentrum für Zuwanderung, die RAA und die Einrichtungen der Aus- und Fortbildung.

Bisher liegt noch kein Konzept vor, das die noch immer übliche Parallelarbeit unterbindet, die Ressourcen bündelt und erfolgsorientiert koordiniert. Hier muss ein erster Schritt erfolgen. Hier sind die Landesregierung und die entsprechenden parlamentarischen Gremien gefordert.

Die LAGA NRW ist jederzeit bereit, ihre Fachkenntnisse und die Interessen ihrer Mitglieder in die Diskussion und einen gemeinsamen Gestaltungsprozess einzubringen.

Sie wird die Ausländerbeiräte als konstruktive Partner für die konkreten Problemlösungen vor Ort unterstützen und über diese insbesondere die Elternarbeit verstärken. Die Förderung einer aktiven Rolle der Eltern in Erziehung und Schule ist eine zentrale Vorbedingung der Schul-

erfolge der Kinder und Jugendlichen. Dafür wird die LAGA verstärkt arbeiten und sich als demokratisch gewählte Vertretung dieser Eltern und Jugendlichen für die Realisierung der obigen Vorschläge einsetzen.

*Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf,  
Telefon: 0211 / 994160,  
Fax: 0211 / 9941615,  
e-Mail: LAGA NRW@t-online.de*

**Ausländer fühlen sich an Schulen im Nachteil**

In den NRW-Schulen wird nach Ansicht der Ausländerbeiräte nicht genug für Kinder von Zuwanderern getan. Obwohl nur etwa 15% der Schüler Kinder von Migranten seien, verließen pro Jahr zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Jugendliche die Schule ohne Abschluss. (waz)

**Presseauschnitte vom 19.1.2000: Links oben: NRZ; links unten: Aachener Zeitung; oben: WAZ; unten: Rheinische Post**

## Ausländerbeiräte für mehrsprachige Schulen

Von RALPH FLEISCHHAUER

DÜSSELDORF. Manchmal sprechen Zahlen eine deutlichere Sprache als tausend Worte: Der Anteil der ausländischen Schüler in NRW liegt bei 13,3 Prozent, unter den Abiturienten des Jahres 1998 aber waren nur 6,4 Prozent Ausländerkinder; gleichzeitig stellten sie 31,1 Prozent jener Schüler, die ohne Abschluss ihre Schullaufbahn beendeten. Schülern ohne Abschluss sei aber der Weg in die Berufsausbildung verbaut, sie seien damit in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht, erklärte Tayfun Keltok, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in NRW (LAGA), gestern in Düsseldorf.

Keltok räumte ein, dass es in NRW eine ganze Reihe von Förderhilfen für ausländische Kinder gebe, kritisierte diese jedoch als wenig effektiv. Das Hauptproblem beim Schulversagen vieler ausländischer Kinder seien mangelnde Deutsch-Kenntnisse. „Man kann keinem Kind neugierig Lesen und Schreiben beibringen, wenn es nicht zumindest über einen guten passiven Wortschatz im Deutschen verfügt“, meint Keltok. Viele Ausländerkinder sprächen bei der Einschulung kaum Deutsch, berichtete Jüdger Reiherg von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Ausländerkindern (RAA) in Köln. Angesichts des Satelliten-Fernsehens, vieler ausländischer Geschäfte, Restaurants und Vereine sei es beispielsweise „möglich, in Köln zu leben, ohne Deutsch zu sprechen“.

Mit Appellen an die Eltern, zu Hause Deutsch zu sprechen, seien viele Familien überfordert. Außerdem könne dies dazu führen, dass die Kinder weder ihre Muttersprache noch das Deutsche beherrschen.

Eine Lösung des Dilemmas sehen die Ausländerbeiräte unter anderem in zweisprachigen Schulen. Angesichts eines zusammenwachsenden Europas werde die Mehrsprachigkeit ohnehin immer wichtiger, betonte Thomas Jaitner, Bildungsexperte der LAGA. Dabei könne die natürliche Mehrsprachigkeit der Ausländerkinder zum Vorteil aller genutzt werden. Konkret: Deutsche und türkische Kinder lernen in einer Grundschule in beiden Sprachen Lesen und Schreiben, ein Teil der Fächer wird auf Deutsch, ein anderer auf Türkisch unterrichtet.

Jaitner räumt ein, dass solche zweisprachigen Schulen allenfalls in Ballungsräumen denkbar seien, in denen große Gruppen ausländischer Mithürger lebten. Wenn eine Klasse von Kindern aus vielen Ländern besucht werde, dann komme es vor allem darauf an, die Deutsch-Kenntnisse der Kinder gezielt zu fördern. Hier müsse mehr getan werden als bisher.

Schulministerin Gabriele Bebler (SPD) wies die Kritik der Ausländerbeiräte als ungerecht zurück. Sein Bundesland unternehme so viel für die Integration wie NRW; alle 100 zusätzliche Lehrstellen gebe es dafür. Im Schulministerium wurde zudem vermutet, dass eine große Zahl von deutsch-türkischen Grundschulen an den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung vorbei gehe.

# Alle Kinder haben Rechte – Ausländische Eltern bürgern ihre Kinder ein! – Jetzt

Mit dem Staatsangehörigkeitsreformgesetz geht es so weiter wie es angefangen hat. Das Reformgesetz ist ab 1.1.2000 in Kraft getreten. Zur Umsetzung des Gesetzes gibt es jedoch nur vorläufige Durchführungshinweise. Es ist klar, daß es in mehreren nicht unwesentlichen Punkten in den Bundesländern eine unterschiedliche Praxis geben wird.

Alle Länder waren sich jedoch darüber einig, bei der Einbürgerung von Kindern unter 10 Jahren den vollen für die Erwachsenen gültigen Gebührensatz von 500,- DM zu erheben. Das ist nicht nur willkürlich und unangemessen, sondern widerspricht auch der Logik des Gesetzes. Denn diese Kinder, die am 1.1.2000 das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müßten eigentlich mit den neugeborenen Kindern gleichgesetzt werden.

Das ist jedoch nicht das einzige Problem bei der Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes. Die Zielgruppen dieses Gesetzes, die Migrantenfamilien, haben hohe Informationsdefizite. So sind viele ausländische Eltern durch den Hinweis überrascht, daß ihre neugeborenen Kinder eventuell deutsche Staatsbürger sind und deshalb ihre deutschen Ausweise bekommen werden.

Die widersprüchliche und zum Teil ausgrenzende Diskussion über das Reformgesetz ist im wesentlichen vorbei an den Ausländerbeiräten, den Migrantenorganisationen und den Migrantenfamilien selbst geführt worden. Erschwerend kommt hinzu, daß das verabschiedete Gesetz hinter den Erwartungen der Migrantenfamilien geblieben ist.

## Eine gemeinsame zweisprachige Einbürgerungskampagne in NRW

Obwohl das Gesetz die Erwartungen nicht erfüllt hat und erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht, haben die unten aufgeführten Institutionen und Migrantenverbände beschlossen, eine gemeinsame Einbürgerungskampagne in NRW durchzuführen. Den Schwerpunkt der Kam-

pagne bildet die Einbürgerung von Kindern unter 10 Jahren, die der gesetzlich vorgegebenen Optionsverpflichtung unterliegen. Diese Kampagne richtet sich vor allem an die türkisch sprachige Bevölkerung und wird zweisprachig durchgeführt. Entsprechende Informationsmaterialien (Plakate, Faltblätter) sind zweisprachig vorbereitet worden.

Im Rahmen der Kampagne werden die beteiligten Institutionen und Organisationen vor allem versuchen, die Migrantenfamilien vor Ort zu erreichen, sie zu informieren und zu motivieren, für die Einbürgerung ihrer Kinder zu handeln.

Dies ist eine gemeinsame Kampagne von:

- ▶ *Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW*
- ▶ *EFD-Emmigrantenforum Deutschland*
- ▶ *GDF NRW- Föderation der ImmigrantInnenvereine aus der Türkei NRW*
- ▶ *HDF NRW- Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten NRW*
- ▶ *KOMKAR-Verband der Vereine aus Kurdistan*
- ▶ *LAGA NRW - Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW*
- ▶ *VIKZ NRW- Verband der Islamischen Kulturzentren NRW*
- ▶ *ZfT- Zentrum für Türkeistudien*

### Kontaktadressen:

*Ercüment Toker*  
*Aktionsbüro Einbürgerung*  
*Engelsburger Str. 168*  
*44793 Bochum*  
*Tel: 0234 - 9621012*  
*Fax: 0234-683336*  
*Internet:*  
*<http://www.einbuergern.de>*

*Tayfun Keltek*  
*LAGA NRW*  
*Helmholtzstr. 28*  
*40215 Düsseldorf*  
*Tel: 0211-994160*  
*Fax: 0211-9941615*  
*[www.LAGA-NRW.de](http://www.LAGA-NRW.de)*

## Auch NRW-Sozialministerin fordert Einbürgerung ausländischer Kinder

NRW-Sozialministerin Ilse Brusis appelliert an die Eltern ausländischer Kinder unter zehn Jahren, das Angebot auf Einbürgerung anzunehmen. Brusis:

„Für Ihre Kinder sind mit diesem Schritt einzig und allein Vorteile verbunden: Sie ersparen ihnen so zum Beispiel lästige Formalitäten bei Auslandsreisen, wie etwa Klassenfahrten ins benachbarte Holland. Außerdem haben Ihre Kinder mit 16 bzw. 18 Jahren das Recht zu wählen.“

Laut Ministerin Brusis ist die deutsche Staatsangehörigkeit neben der Kenntnis der deutschen Sprache das entscheidende Mittel für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft. „Integration ist keine Einbahnstraße. Mit der erleichterten Einbürgerung eröffnen wir eine einmalige Chance zur völligen Gleichstellung. Es liegt an Ihnen, diese auch wahrzunehmen“, so Brusis weiter.

Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht, das am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, haben in Deutschland geborene Kinder unter zehn Jahren einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung. Voraussetzung dafür ist, daß der Antrag auf Einbürgerung spätestens bis zum Jahresende bei der jeweiligen Stadtverwaltung gestellt wird. Außerdem muß ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben und eine Aufenthaltsberechtigung besitzen oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung haben. Erst mit der Volljährigkeit im Alter von 18 Jahren müssen sich die Jugendlichen zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden.

Informationen über das neue Staatsangehörigkeitsrecht in 17 Sprachen versendet das Landeszentrum für Zuwanderung, Postfach 11 04 26 in 42664 Solingen. Die Informationen sind auch im Internet abzurufen unter <http://www.lzz-nrw.de>



## Marieluise Beck will Vereinfachung bei Arbeitsgenehmigungen

Bei einer Tagung in Stuttgart kündigte die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marieluise Beck, eine Revision des Arbeitsgenehmigungsrechts für Migranten an. Die bestehenden komplizierten Regelungen überforderten mittelständische Unternehmen ebenso wie die betroffenen Migranten. Oft führe die Unsicherheit sogar dazu, daß auch solche Migranten keine Arbeit bekämen, die es aufgrund der Rechtslage aber könnten. Beck: „Nicht arbeiten zu dürfen oder im Wettbewerb um Arbeitsplätze nicht mithalten zu können, ist aber ein Integrationshindernis erster Ordnung.“

Deshalb werde die rot-grüne Bundesregierung durchgreifende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen, versprach die Grünen-Politikerin. Dabei gehe es um „Integration durch Teilnahme an Erwerbsarbeit“, denn es sei nicht hinnehmbar, daß die Arbeitslosigkeit unter Migranten dauerhaft deutlich höher liege als der Durchschnitt. Als eine erste Maßnahme zur Verbesserung der Situation will Beck im öffentlichen Dienst neue Formen der Stellenausschreibung und Auswahlverfahren durchsetzen: Dieser Bereich habe „eine Vorbildfunktion für die übrigen Wirtschaftsbereiche.“ „Interkulturelle Kompetenzen“ wie die Mehrsprachigkeit sollen demnach einen besonderen Stellenwert bekommen. Mit dieser Absicht erleichtert die Bundesregierung auch die Arbeit vieler Ausländerbeiräte, die in ihren Kommunen schon häufig ähnliche Initiativen gefördert haben.

## Migrationsbericht der Bundesregierung erschienen

Nach 1997 veröffentlichte die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen jetzt zum zweiten Mal einen ausführlichen „Migrationsbericht 1999“. Erstellt wurde die Studie mit zahlreichen Tabellen und Grafiken vom „Europäischen forum für migrationsstudien“. Der Bericht bezieht sich auf Migrationsbewegungen in der Bundesre-

publik Deutschland in den Jahren 1997/98. Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

- ▶ verglichen mit Anfang der 90er Jahre sank die Zahl der Asylantragsteller sowie der Spätaussiedler auf jeweils circa 100.000 Neuzugänge im Jahr 1998 ab;
- ▶ die EU-Binnenmigration (Wanderungen zwischen Deutschland und der Europäischen Union) sowie der Ehegatten- und Familiennachzug haben an der Ge-



samtwanderung nur einen relativ geringen Anteil und blieben in den vergangenen Jahren konstant;

- ▶ die Beschäftigungskontingente für Werkvertragsarbeitnehmer wurden kontinuierlich reduziert, so daß 1998 nur circa 30.000 Personen auf Basis dieser Regelung in Deutschland arbeiteten;
- ▶ die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sinkt von ehemals 350.000 im Jahr 1996 kontinuierlich;
- ▶ dennoch hat Deutschland, über die gesamten 90er Jahre betrachtet, im europäischen Vergleich hinter Luxemburg und der Schweiz die dritthöchste Pro-Kopf-Zuwanderung zu verzeichnen.

*Zu beziehen ist das Werk über das Bonner Büro der Beauftragten für Ausländerfragen:*

*Postfach 14 02 80, 53107 Bonn  
oder per Fax: 0228/527 27 60*

## Kemnade International 2000 fällt aus

Das renommierte Kulturfestival „Kemnade International“ wird in diesem Jahr ausfallen. Und das obwohl erst im November 1999 ein Konzept für das Bochumer Festival der ausländischen Kulturen vorgelegt wurde, das allseits Anerkennung gefunden hatte: Anders als 1974, dem Jahr der ersten Kemnade, hatten sich die Veranstalter darauf verständigt, den sozio-kulturellen Entwicklungen unter den Migranten Rechnung zu tragen.

So heißt es u.a. in dem Konzept: „Die Situation der dritten Ausländergeneration stellt sich anders dar, als die der in den 60er und 70er Jahren zugezogenen Gastarbeiter. ... Sie leben im Spannungsfeld zwischen den von ihren Eltern mitgebrachten und gepflegten Traditionen und den ihnen in einer modernen Industriegesellschaft vorgelebten Wertevorstellungen. Angesichts dieser Tatsache haben sie selbstbewußt eigene Ausdrucksformen entwickelt, die traditionelle Elemente ihres Heimatlandes mit westlichen verschmelzen. Mit diesem kulturellen Brückenschlag leisten sie einen wesentlichen Beitrag auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft.“

Doch obwohl dieses Konzept ausdrücklich über die „bessere Völkerverständigung“ hinaus auch „einen intergenerativen Austausch leisten wollte“, sah die Mehrheit des Bochumer Kulturausschusses keine Möglichkeit zur Finanzierung. Ausgerechnet eine rot-grüne Mehrheit kippte das Vorhaben und vertröstet die Macher auf das nächste Jahr.

In einer eilends vorgelegten Presseerklärung stellten die beiden Parteien ihre Motive dar: Das Schauspielhaus und die freien Kulturträger bräuchten in diesem Jahr mehr Geld.

Eine Erhöhung der Unterstützung für die Kemnade von 200.000 auf 300.000 DM sei deshalb nicht zu machen. Da aber die 200.000 DM für das Festival nicht ausreichen, verzichtet man nun ganz auf den finanziellen Beitrag der Stadt.

Vor dem Hintergrund der erst kürzlich heftig geführten Debatte um die bessere Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft, darf ein solcher Schritt getrost als Bankrotterklärung einer Politik angesehen werden, die im Zweifelsfall die Lobbies der Mehrheitsgesellschaft bedient und zugleich den angeblich mangelhaften Integrationswillen der Migranten beklagt.



## LAGA wählt neuen Vorstand

Am 8. April 2000 ist es soweit: Die Mitgliederversammlung der LAGA-NRW kommt in Düsseldorf zusammen, um einen neuen Vorstand zu wählen. Empfehlungen für die anstehenden Personalentscheidungen hat der Hauptausschuß am 19.2.2000 diskutiert. Diese Vorschläge werden jetzt den Mitgliedern mitgeteilt. Allerdings erwartet die Delegierten auch eine spannende politische Diskussion mit Vertretern der Parteien, die im Mai zur Landtagswahl antreten. Sie sollen sich zu ihren migrationspolitischen Plänen sowie zu Vorschlägen und Anregungen der Ausländerbeiräte äußern. Dazu werden der LAGA-Vorstand und der Hauptausschuß Prüfsteine zu allen relevanten Migrationsfragen erarbeiten. Also, unbedingt vormerken:

*LAGA-Mitgliederversammlung, 8. April 2000, ab 10 Uhr, Rathaus Düsseldorf (Plenarsaal), Marktplatz 2*

## Seminarprogramm der LAGA liegt vor

Das Seminarprogramm der LAGA für das laufende erste Halbjahr 2000 hat seinen Schwerpunkt auf Bildungsangeboten für die neugewählten Mitglieder der Ausländerbeiräte. Dazu gehören vier Wochenendseminare, die über die Arbeitsweise von Beiräten, ihre politischen und rechtlichen Möglichkeiten aufklären sowie ein Rhetorikseminar. All diese Angebote werden in Zusammenarbeit der LAGA mit anderen Institutionen gemacht, um die Kosten für die Teilnehmer möglichst niedrig zu halten. Wer sich über das Angebot informieren will, kann das Programm bei der LAGA-Geschäftsstelle anfordern oder im Internet abrufen. Für Ausländerbeiräte, die ein

### WWW.LAGA-NRW.de

Die Homepage der LAGA-NRW wird mehr und mehr zu dem Kommunikationsmedium, das sie sein soll. Neben aktuellen Informationen über die Aktivitäten der LAGA sowie der Dokumentation von LAGA-Beschlüssen und Erklärungen findet man auch raschen Zugang zu einzelnen Ausländerbeiräten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind nun alle Voraussetzungen gegeben, um Links zu den Homepages der Beiräte herzustellen. Für die Beiräte, die eine solche Verknüpfung wünschen, genügt ein Anruf, ein Fax oder eine E-Mail an die LAGA-NRW.

**LAGA-NRW, Tel.: 0211/99 41 60;  
Fax: 0211/99 41 615 oder  
E-Mail: laga-nrw@t-online.de**

eigenes Seminar veranstalten möchten, hat die LAGA-NRW ein neues Angebot: Die Beiräte, die ein besonderes Fortbildungsanliegen haben, brauchen der LAGA nur ein inhaltliches Konzept vorzulegen. Um Veranstaltungsort und Referenten kümmert sich dann die Geschäftsstelle. Die anfallenden Teilnahmegebühren werden kaum über den normalen Gebühren liegen. Sie könnten dann ganz wegfallen, wenn auf Übernachtungen verzichtet werden kann oder die Kommune den Beirat finanziell unterstützt.

*Informationen zum Seminarprogramm:  
LAGA-NRW, Helmholtzstr. 28,  
40215 Düsseldorf, Tel.: 0211/99 41 60,  
Fax: 0211/99 41 615,  
Internet: www.laga-nrw.de*

## Pressebüro der besonderen Art

Seit einigen Jahren gibt es in Köln das Pressebüro „Nachrichten gegen Rassismus“. Ziel des Non-Profit-Unternehmens ist eine regelmäßige Information über migrationspolitische Fragen, Aktivitäten der rechtsextremen und rassistischen Szene sowie den Gegenorganisationen? Dazu wird viermal jährlich das „ngr-Journal“ herausgegeben. Grundsätzlich wird das „ngr-Journal“ kostenlos vertrieben. Allerdings sind die Macher des Pressebüros auf finanzielle Unterstützung auf freiwilliger Basis angewiesen. Dazu kann man entweder dem Verein eine Spende zukommen lassen oder gleich Mitglied des „ngr-Pressebüros e.V.“ werden. Der Jahresbeitrag beträgt für Einzelpersonen 50,- DM, Institutionen zahlen 300,- DM.

*Nähere Informationen und ein Probeexemplar gibt es unter folgender Adresse:  
Ngr-Pressebüro, Lichtstraße 38, 50825 Köln,  
Fax: 0221/954 15 64*

## Beirat Dorsten startet durch

Kurz nach der Wahl kann der Ausländerbeirat Dorsten seinen bisher wohl größten Erfolg verbuchen: Endlich bekommt das Gremium ein eigenes Büro. Seit März 2000 werden den Dorstener Einwohnern rund 20 Stunden pro Woche an Beratung rund um Migrationsfragen angeboten. Außerdem hat der Beirat unter seinem Vorsitzenden Tekin Dagdelen bereits einige Aktivitäten beschlossen. Besonders am Herzen liegt den Beiratsmitgliedern das Verständnis von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft füreinander. Deshalb will man Kontakte zu Kirchengemeinden herstellen und den Dialog pflegen. Zum islamischen Opferfest im März startete der Beirat einen außergewöhnlichen Aufruf: Jeder möge seine Nachbarn „auf einen Tee“ einladen. So sollen Barrieren aufgebrochen werden.

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der Ausländerbeiräte  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: LAGA NRW@t-online.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

An der Redaktion dieser Ausgabe waren beteiligt:  
Ercan Atay,  
Ulrich Bechmann,  
Susana dos Santos Herrmann  
Tayfun Keltek,  
Franz Paszek,  
Ali Hakan Saribas,  
Erkan Zorlu

V.i.s.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln